

Das Heilpraktikergesetz

Das Gesetz **über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung** vom 17.2.1939 bildet die Grundlage des Heilpraktikerberufs. *Bundesrecht*
Zuletzt geändert durch Art. 17e G v. 23.12.2016 I 3191

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

- (1) Wer die Heilkunde, ohne als Arzt bestallt zu sein, ausüben will, bedarf dazu der Erlaubnis.
(2) Ausübung der Heilkunde im Sinne dieses Gesetzes ist jede berufs- oder gewerbsmäßig vorgenommene Tätigkeit zur Feststellung, Heilung oder Linderung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden bei Menschen, auch wenn sie im Dienste von anderen ausgeübt wird.
(3) Wer die Heilkunde bisher berufsmäßig ausgeübt hat und weiterhin ausüben will, erhält die Erlaubnis nach Maßgabe der Durchführungsbestimmungen; er führt die Berufsbezeichnung "Heilpraktiker".

§ 2

(1) Wer die Heilkunde, ohne als Arzt bestallt zu sein, bisher berufsmäßig nicht ausgeübt hat, kann eine Erlaubnis nach § 1 in Zukunft nach Maßgabe der gemäß § 7 erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erhalten, die insbesondere Vorgaben hinsichtlich Kenntnissen und Fähigkeiten als Bestandteil der Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis enthalten sollen.

(2) Wer durch besondere Leistungen seine Fähigkeit zur Ausübung der Heilkunde glaubhaft macht, wird auf Antrag des Reichsministers des Innern durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter erleichterten Bedingungen zum Studium der Medizin zugelassen, sofern er seine Eignung für die Durchführung des Medizinstudiums nachweist.

§ 3

Die Erlaubnis nach § 1 berechtigt nicht zur Ausübung der Heilkunde im Umherziehen.

§ 4 weggefallen

§ 5

Wer, ohne zur Ausübung des ärztlichen Berufs berechtigt zu sein und ohne eine Erlaubnis nach § 1 zu besitzen, die Heilkunde ausübt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 5a

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer als Inhaber einer Erlaubnis nach § 1 die Heilkunde im Umherziehen ausübt.
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zweitausendfünfhundert Euro geahndet werden.

§ 6

(1) Die Ausübung der Zahnheilkunde fällt nicht unter die Bestimmungen dieses Gesetzes.

(2)

§ 7

Der *Reichsminister des Innern* erläßt ... die zur Durchführung ... dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten § 56a Abs. 1 Nr. 1 und § 148 Abs. 1 Nr. 7a der Reichsgewerbeordnung, soweit sie sich auf die Ausübung der Heilkunde im Sinne dieses Gesetzes beziehen, außer Kraft.

Erklärungen

Berufsmäßig ist eine Tätigkeit, wenn sie auf Dauer angelegt ist und nachhaltig betrieben wird. Dabei kann schon eine einzige Handlung ausreichen, wenn Wiederholungsabsicht besteht. Es spielt keine Rolle, ob Behandler und Patient befreundet sind oder ob Honorar genommen wird.

Nicht als berufsmäßig angesehen wird die Behandlung von Krankheiten innerhalb der (engeren) Familie.

Gewerbsmäßig ist die Tätigkeit, wenn sie gegen Entgelt vorgenommen wird. Eine Tätigkeit ist auch dann gewerbsmäßig, wenn sie z.B. mit Naturalien entlohnt wird.

Die Tätigkeit ist nicht berufs- oder gewerbsmäßig, wenn sie: unentgeltlich vorgenommen wird und nicht auf Dauer angelegt ist (z.B. Erste Hilfe), innerhalb der engeren Familie oder besonderer Gemeinschaften stattfindet.

Änderung HP Gesetz Erklärung

Die Veränderungen im Heilpraktikergesetz werden im Artikel 17e des PSG III beschrieben. Geändert wird der Paragraph 2, Absatz 1 des Heilpraktikergesetzes.

Dort stand im Prinzip bisher, dass man, wenn man kein Arzt ist und die „Heilkunde“ bisher nicht berufsmäßig betrieben hat, dafür eine Zulassung erhalten kann. Dieser Paragraph wird ergänzt um die Formulierung, dass die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die diese Zulassung regeln, Vorgaben zu den dafür nötigen Kenntnissen enthalten sollen.

Im Klartext heißt das: Was man können und wissen muss, um eine Zulassung als Heilpraktiker zu erhalten, soll in Zukunft klar geregelt werden. Bisher war das zwar vielfach, aber eben längst nicht überall und immer der Fall. Vor allem aber waren die entsprechenden Regelungen von Kommune zu Kommune verschieden

Durchführungsverordnungen (1. Und 2. DVO von 18.02. 1939 bzw. 3.7. 1941)

zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung.

§ 2

Die Erlaubnis wird nicht erteilt,

- a) wenn der Antragsteller das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
- b) (betraf Staatsangehörigkeit. Ungültig)
- c) wenn er nicht mindestens abgeschlossene Volksschulbildung nachweisen kann.
- d) aufgehoben
- e) aufgehoben
- f) wenn sich aus Tatsachen ergibt, dass ihm die sittliche Zuverlässigkeit fehlt, insbesondere, wenn schwere strafrechtliche oder sittliche Verfehlungen vorliegen.
- g) wenn ihm infolge eines körperlichen Leidens oder wegen Schwäche seiner geistigen oder körperlichen Kräfte oder wegen einer Sucht die für die Berufsausübung erforderliche Eignung fehlt.
- h) aufgehoben

„i) wenn sich aus einer Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten des Antragstellers durch das Gesundheitsamt, die auf der Grundlage von Leitlinien zur Überprüfung von Heilpraktikeranwärtern durchgeführt wurde, ergibt, dass die Ausübung der Heilkunde durch den Betreffenden eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung oder für die ihn aufsuchenden Patientinnen und Patienten bedeuten würde.“

2. Die folgenden Sätze werden angefügt:

„Das Bundesministerium für Gesundheit macht Leitlinien zur Überprüfung von Heilpraktikeranwärtern bis spätestens zum 31. Dezember 2017 im Bundesanzeiger bekannt. Bei der Erarbeitung der Leitlinien sind die Länder zu beteiligen.“

§ 3

Über den Antrag (auf Erteilung der Erlaubnis) entscheidet die untere Verwaltungsbehörde im Benehmen mit dem Gesundheitsamt. Der Bescheid ist dem Antragsteller zuzustellen; das Gesundheitsamt erhält Abschrift des Bescheides. Der ablehnende Bescheid ist mit Gründen zu versehen. Gegen den Bescheid können der Antragsteller Beschwerde einlegen. Über diese entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung eines Gutachterausschusses.

&4

1) Der Gutachterausschuß besteht aus einem Vorsitzenden, der weder Arzt noch Heilpraktiker sein darf, aus zwei Ärzten sowie zwei Heilpraktikern. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Reichsminister des Inneren (durch rechtsstaatliche Entwicklung überholt) (...) für die Dauer von zwei Jahren berufen. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständige Behörde abweichend von Satz 2 zu bestimmen. Sie können diese Ermächtigung auf oberste Landesbehörden übertragen.

(2) Für mehrere Bezirke höherer Verwaltungsbehörden kann ein gemeinsamer Gutachterausschuß gebildet werden.

§ 7

(1) Die Erlaubnis ist durch die höhere Verwaltungsbehörde zurückzunehmen, wenn nachträglich Tatsachen eintreten oder bekannt werden, die eine Versagung der Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 rechtfertigen würden. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zuständige Behörde abweichend von Satz 1 zu bestimmen. Sie können diese Ermächtigung auf oberste Landesbehörden übertragen.

(2) ...

(3) Vor Zurücknahme der Erlaubnis nach Abs. 1 ist der Gutachterausschuß (§ 4) zu hören.

§ 11

(1) Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung ist (...) der Regierungspräsident, in Berlin der Polizeipräsident (...) und im übrigen die oberste Landesbehörde.

(2) Untere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung ist in Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung die staatliche Polizeibehörde, im übrigen in Stadtkreisen der Oberbürgermeister, in Landkreisen der Landrat.

Erklärung Änderung HP Gesetz DVO

Unter dem Buchstaben i) war dort bisher zu lesen, dass ein Heilpraktiker-Anwärter keine Zulassung erhalten darf, wenn zu erwarten ist, dass er die Volksgesundheit gefährdet. Das wird nun noch ein bisschen spezieller gefasst: Der Anwärter darf, um eine Zulassung zu erhalten, auch die Gesundheit seiner späteren Patientinnen und Patienten nicht gefährden.

Außerdem werden an dieser Stelle noch zwei Sätze angefügt. Darin wird angekündigt, dass das Bundesgesundheitsministerium gemeinsam mit den Ländern Regelungen zur Überprüfung von Heilpraktiker-Anwärtern entwerfen und diese Regelungen bis zum Ende des Jahres 2017 im Bundesanzeiger veröffentlichen wird.